

Die Generallinie der Partei durchführen, heißt täglicher Kampf um Friedensvertrag und Einheit Deutschlands

Kritische Diskussionsrede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz Magdeburg am 28. September 1952

In meinem Diskussionsbeitrag will ich nur ein Problem behandeln, das im Entwurf der Entschließung nur an untergeordneter Stelle erwähnt wird und, in der bisherigen Diskussion kaum eine Rolle spielte. Es handelt sich um die Frage des Kampfes um den Frieden und um die Einheit unseres Vaterlandes, die heute die brennende Frage im Westen und Osten unserer Heimat ist.

Wie kommt es, daß diese Frage nicht wie ein roter Faden die Entschließung und jede Diskussionsrede durchzieht? Es handelt sich doch um die Generallinie der Partei.

Auf der II. Parteikonferenz hat Genosse Walter Ulbricht gesagt:

„Die Generallinie der Partei in dem neuen Abschnitt der Entwicklung hat zum Inhalt die Herbeiführung des Friedensvertrags und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sowie die Stärkung der Staatsmacht, den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung einer Volksarmee zur Verteidigung der Heimat.“

Das Ziel der Politik der Partei ist die Verwirklichung dieser zentralen Aufgaben; alle unsere Arbeit ist diesem Ziel untergeordnet. Die Deutsche Demokratische Republik ist der Grundstein für die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands.

Bei dem bisherigen Verlauf der Diskussion liegt zweifellos eine Unterschätzung des Kampfes um den Frieden, eine Unterschätzung des nationalen Kampfes unseres Volkes um seine Einheit und Unabhängigkeit vor. Sind die anderen wichtigen aktuellen Probleme: Stärkung unserer Staatsmacht, Sicherung der demokratischen Errungenschaften und des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, Schaffung nationaler Streitkräfte, all die Fragen, die richtig im Mittelpunkt der Diskussion standen, wie z. B. der sozialistische Wettbewerb, die Arbeit der Produktionsgenossenschaften, der MAS usw. unabhängig, losgelöst von der zentralen Frage des Kampfes um Friedensvertrag und deutsche Einheit? Zweifellos nicht. Das alles steht im engsten Zusammenhang mit dem Friedenskampf und dem nationalen Befreiungskampf.

Wenn aber schon hier, auf dieser Delegiertenkonferenz, die Fragen des Friedens und der Einheit Deutschlands nicht im Mittelpunkt der Diskussion stehen, wie stehen sie dann draußen, in der täglichen Arbeit der Parteiorganisationen, jedes einzelnen Mitglieds im Betrieb, im Wohngebiet, in den Massenorganisationen, unter den Volksmassen überhaupt?

Die Überzeugung der gesamten Bevölkerung bis zum letzten Mann, bis zur letzten Frau und zum letzten Jugendlichen, daß der Kampf um den Frieden die Lebensfrage des deutschen Volkes ist, daß die Hauptaufgabe der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, unserer Partei,

aller im demokratischen Block zusammengeschlossenen antifaschistischen Parteien und Organisationen gerade in diesem Kampfe um Frieden und Einheit besteht, ist die unausweichliche Voraussetzung, um eine moralisch-politische Einheit der gesamten Bevölkerung zu erzielen.

Die Erreichung eines solchen Zieles kann nur das Resultat einer zähen, unermüdlichen, ideologischen Überzeugungsarbeit sein. Nur, wenn tagtäglich die feindlichen Argumente beantwortet und zerschlagen werden und wenn die feindlich beeinflussten Menschen auf Grund unserer praktischen Handlungen von der Richtigkeit und Wahrfähigkeit unserer Politik überzeugt werden, dann erst wird die feindliche Lügenhetze unwirksam, dann werden die Agenten von den Volksmassen isoliert.

Es ist also klar, warum die Generallinie der Partei in dem neuen Abschnitt der Entwicklung vor allem die Herbeiführung des Friedensvertrags und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zum Inhalt hat.

Wir wollen nicht nur den Frieden und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands propagieren — wir sind überzeugt, daß dieses Ziel im Zusammenwirken aller friedliebenden Kräfte in der Welt mit den Friedens- und patriotischen Kräften in Deutschland erkämpft werden kann.

Stalins Worte, daß der Friede erhalten werden kann, wenn die Völker die Sache der Verteidigung des Friedens in die eigenen Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen, beginnen, auch auf Deutschland angewandt, zu einer realen Möglichkeit zu werden.

Die Tatsache der Reise der Delegation der Volkskammer zum Bundestagspräsidenten in Bonn ist von großer politischer Bedeutung. Dieser erste große Durchbruch zu einem ersten offiziellen Gespräch war nur möglich, weil der Massenwille der friedensgewillten westdeutschen Bevölkerung ihn erzwang. Inzwischen diskutieren Millionen Menschen in Westdeutschland, ob die Volkskammerdelegation zur Entgegennahme der Antwort des Bundestages nach Bonn zurückkehren, oder ob eine Delegation von Bundestagsabgeordneten zur Volkskammer fahren soll.

Die ganze Presse in Westdeutschland ist voll von dieser Diskussion, bringt das Problem an alle Menschen heran. Diese spüren, wenn sie die Panzer sehen, die jetzt bei den Manövern über die Felder rollen, wenn sie das Geräusch der Düsenjäger hören, daß es ernst wird, daß man sich entscheiden muß, etwas für den Frieden zu tun oder dem Verhängnis seinen Lauf zu lassen.

Die rechten SPD-Führer haben sich in dieser Situation offen in ihrer Agentenrolle entlarvt. Die Ollenhauer und Kompagnie stehen an der Seite Ridgways und Adenauers und lehnen jedes Erhandeln mit den Abgeordneten der Volkskammer ab.